

# Solidarität mit dem Bildungsstreik!

**Schülerinnen und Schüler, Auszubildende und Studierende wollen erneut gegen die Bildungsmisere streiken und protestieren.**

## **Warum wird gestreikt?**

Von Beginn an werden Schülerinnen und Schüler in Schubladen des vielgliedrigen Schulsystems in vermeintlich Gute und weniger Gute sortiert. In den viel zu großen Klassen ist eine individuelle Förderung und gemeinsames Lernen unmöglich. Unterrichtsausfall ist alltäglich und es gibt zu wenige Lehrkräfte, die diesen auffangen könnten. Die Schulzeitverkürzung und das Turboabitur verschärfen den ohnehin enormen Druck. Immer weniger Schülerinnen und Schüler können dem standhalten. Daher greifen diejenigen, die es sich leisten können, auf teure private Nachhilfe zurück. Dies verstärkt die soziale Ungerechtigkeit im Bildungssystem weiter. Obwohl ohnehin Ausbildungsplätze fehlen, kürzen derzeit viele Unternehmen noch zusätzlich die bisherigen Stellen zusammen. In der Ausbildung sind geringe Löhne, schlechte Arbeitsbedingungen und zu viele Überstunden bittere Normalität. Und nur wenige, die einen Ausbildungsplatz ergattern konnten, werden nach erfolgreichem Abschluss übernommen. Viele sind direkt von Hartz IV bedroht. Nach der Schule geht das Aussortieren weiter, zum Beispiel an den Hochschulen: Studiengebühren verbauen in vielen Bundesländern den Zugang zum Studium und grenzen gerade in Zeiten der Wirtschaftskrise immer größere Bevölkerungsgruppen aus. An den Hochschulen ist die Situation ähnlich schlecht. Zu wenig Lehrpersonal kommt auf immer mehr Studierende, die Seminare sind überfüllt und das Lehrangebot wird immer weiter eingeschränkt. Der Leistungs- und Anwesenheitsdruck ist durch die Einführung des Bachelor/Master-Systems enorm gestiegen. Ständige Prüfungen und starr vorgegebene Studienpläne machen die Hochschule zunehmend zur Lernfabrik und lassen kaum Platz für selbstbestimmtes Lernen und kritisches Denken.

V.i.S.d.P. Stefanie Graf

## **Milliarden-Paket für die Bildung?**

Die Bundesregierung stellt zwar Geld in Aussicht, allerdings fördert sie damit eine vermeintliche Elite in Forschung und Lehre. Bessere Bedingungen für die ganz normalen Schülerinnen und Schüler, Studentinnen und Studenten sind nicht vorgesehen. Die BAFöG-Erhöhung gleicht die Preissteigerungen der letzten Jahre nicht einmal aus. Das Stipendienprogramm der Bundesregierung wird, das zeigt alle Erfahrung, fast ausschließlich Studierenden aus wohlhabenden Akademikerhaushalten zugute kommen. Spitze statt Breite – mit diesem Konzept führt die Bundesregierung die Bildung immer weiter in die Sackgasse. Bund und Länder haben feierlich beschlossen, bis 2015 jährlich zehn Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Bildung und Forschung auszugeben. Dies droht zum reinen Zahlenzauber zu verkommen. Zunächst war von bis zu 60 Milliarden Euro zusätzlich die Rede, nun sind es nur noch 13 Milliarden, verteilt über mehrere Jahre. Doch selbst dieses Ziel wird von den Finanzministern offen infrage gestellt. Einige Bundesländer, allen voran Hessen, haben bereits begonnen, bei den unterfinanzierten Schulen und Universitäten noch einmal den Rotstift anzusetzen. Lange wurden Bildungsforderungen mit dem Argument der leeren Kassen zurückgewiesen. Jetzt fließen erneut hunderte Milliarden Euro in Rettungsschirme für Spekulanten. Dies macht offensichtlich, wo die politischen Prioritäten der Bundesregierung liegen: Überall wird Bildung zum zentralen Zukunftsthema erklärt, es wird jedoch nichts getan um die drängenden Probleme im Bildungsbereich tatsächlich zu lösen. DIE LINKE ruft deshalb zur Unterstützung der Bildungsproteste auf.

# **DIE LINKE.**

# Solidarität mit dem Bildungsstreik!

**Schülerinnen und Schüler, Auszubildende und Studierende wollen erneut gegen die Bildungsmisere streiken und protestieren.**

## **Warum wird gestreikt?**

Von Beginn an werden Schülerinnen und Schüler in Schubladen des vielgliedrigen Schulsystems in vermeintlich Gute und weniger Gute sortiert. In den viel zu großen Klassen ist eine individuelle Förderung und gemeinsames Lernen unmöglich. Unterrichtsausfall ist alltäglich und es gibt zu wenige Lehrkräfte, die diesen auffangen könnten. Die Schulzeitverkürzung und das Turboabitur verschärfen den ohnehin enormen Druck. Immer weniger Schülerinnen und Schüler können dem standhalten. Daher greifen diejenigen, die es sich leisten können, auf teure private Nachhilfe zurück. Dies verstärkt die soziale Ungerechtigkeit im Bildungssystem weiter. Obwohl ohnehin Ausbildungsplätze fehlen, kürzen derzeit viele Unternehmen noch zusätzlich die bisherigen Stellen zusammen. In der Ausbildung sind geringe Löhne, schlechte Arbeitsbedingungen und zu viele Überstunden bittere Normalität. Und nur wenige, die einen Ausbildungsplatz ergattern konnten, werden nach erfolgreichem Abschluss übernommen. Viele sind direkt von Hartz IV bedroht. Nach der Schule geht das Aussortieren weiter, zum Beispiel an den Hochschulen: Studiengebühren verbauen in vielen Bundesländern den Zugang zum Studium und grenzen gerade in Zeiten der Wirtschaftskrise immer größere Bevölkerungsgruppen aus. An den Hochschulen ist die Situation ähnlich schlecht. Zu wenig Lehrpersonal kommt auf immer mehr Studierende, die Seminare sind überfüllt und das Lehrangebot wird immer weiter eingeschränkt. Der Leistungs- und Anwesenheitsdruck ist durch die Einführung des Bachelor/Master-Systems enorm gestiegen. Ständige Prüfungen und starr vorgegebene Studienpläne machen die Hochschule zunehmend zur Lernfabrik und lassen kaum Platz für selbstbestimmtes Lernen und kritisches Denken.

V.i.S.d.P. Stefanie Graf

## **Milliarden-Paket für die Bildung?**

Die Bundesregierung stellt zwar Geld in Aussicht, allerdings fördert sie damit eine vermeintliche Elite in Forschung und Lehre. Bessere Bedingungen für die ganz normalen Schülerinnen und Schüler, Studentinnen und Studenten sind nicht vorgesehen. Die BAFöG-Erhöhung gleicht die Preissteigerungen der letzten Jahre nicht einmal aus. Das Stipendienprogramm der Bundesregierung wird, das zeigt alle Erfahrung, fast ausschließlich Studierenden aus wohlhabenden Akademikerhaushalten zugute kommen. Spitze statt Breite – mit diesem Konzept führt die Bundesregierung die Bildung immer weiter in die Sackgasse. Bund und Länder haben feierlich beschlossen, bis 2015 jährlich zehn Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Bildung und Forschung auszugeben. Dies droht zum reinen Zahlenzauber zu verkommen. Zunächst war von bis zu 60 Milliarden Euro zusätzlich die Rede, nun sind es nur noch 13 Milliarden, verteilt über mehrere Jahre. Doch selbst dieses Ziel wird von den Finanzministern offen infrage gestellt. Einige Bundesländer, allen voran Hessen, haben bereits begonnen, bei den unterfinanzierten Schulen und Universitäten noch einmal den Rotstift anzusetzen. Lange wurden Bildungsforderungen mit dem Argument der leeren Kassen zurückgewiesen. Jetzt fließen erneut hunderte Milliarden Euro in Rettungsschirme für Spekulanten. Dies macht offensichtlich, wo die politischen Prioritäten der Bundesregierung liegen: Überall wird Bildung zum zentralen Zukunftsthema erklärt, es wird jedoch nichts getan um die drängenden Probleme im Bildungsbereich tatsächlich zu lösen. DIE LINKE ruft deshalb zur Unterstützung der Bildungsproteste auf.

# **DIE LINKE.**